

Chronik des Tages.

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend die Führer der Mittelparteien, die für die Regierungsbildung in Betracht kommen, zu sich gebeten, um seinerseits auf eine Lösung der Krisis einzuwirken.

Der Ministerpräsident des Reichstags ist auf heute einberufen worden, um nunmehr zu entscheiden, ob am heutigen Tage bereits eine Vollziehung des Reichstages stattfinden oder ob die Entgegennahme der Regierungserklärung erst später erfolgen kann.

Im Budapester Parlament wurde der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen, als er eine Regierungserklärung über die Frankensächungssache abgeben wollte, von der Opposition niedergeschrien.

Das Schwurgericht Hannover hat den Händler Grans wegen Beihilfe zum Mord zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In dem Münchener Prozeß gegen die ehemaligen Angehörigen des Freikorps Lühow, Bölsing und Präfert, beantragte der Staatsanwalt für beide Angeklagte wegen Totschlags in elf Fällen eine Gesamtzuchthausstrafe von je 10 Jahren.

Der Machtkampf in Rußland.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß sich gegenwärtig in Sowjetrußland ein politischer Umschwung anbahnt, der die allerschärfste Beobachtung durch die politische Welt erfordert. Auf dem letzten Parteitag in Moskau war bereits eine Spaltung im russischen Kommunismus offenbar geworden, die sehr tiefgehend war und die in dem Kampfe des radikalen Sinowjew mit dem mehr und mehr sich auch einer politischen Reorientierung zuneigenden Trotski ihren Höhepunkt erreichte. Wenn auch Trotski persönlich nahezu völlig im Hintergrund blieb, so war er es doch eigentlich, der auf dem Moskauer Parteitag den Sieg davontrug und Sinowjew und der von ihm geführten Lenintrader Opposition eine schwere Niederlage bereitete. Daß diese Niederlage schwerer war, als man zuerst annahm, geht aus den neuesten Moskauer Nachrichten hervor, die mitteilen, daß die einflussreichsten Parteigänger Sinowjews ihrer Klemme entsetzt worden sind und daß es nahezu gelungen erscheint, die Petersburger Opposition von innen heraus zu erschüttern.

Der stets vorzüglich unterrichtete „Asien-Ostropa-Dienst“ meldet nun einen Vorschlag Stalins, des eigentlichen Funktionärs Trotski, Sinowjew nach dem Kaukasus zu verbannen, wo er unter der Kontrolle von Vertrauensleuten der „Partei-Mehrheit“ stehen soll. Man erinnert sich, daß vor etwa einem Jahre Trotski von Sinowjew das gleiche Schicksal zugebracht war und daß er tatsächlich eine Zeitlang in Verbannung lebte. Sinowjew ist nicht der Mann, der ohne letzten Kampf seine Position aufgibt und das von ihm gepredigte Primat der weltrevolutionären Idee zugunsten der nun unter Trotski und Stalins Einfluß offenbar bei der Mehrheit als leitend durchgedrungenen nationalen Idee zurücksetzen läßt. Er rüstet sich zum Kampf, und dieser Kampf wird weltgeschichtliche Bedeutung haben, wenn er offen ausbricht und von beiden Seiten mit voller Kraft und Rücksichtslosigkeit geführt wird. Trotski gedenkt sich offenbar in erster Linie auf das bäuerliche Element zu stützen, das allmählich wieder mit dem Boden verwachsen ist und den Begriff Rußland, wenn auch unter voller Aufrechterhaltung der kommunistischen Phrasologie dem Begriff Weltkommunismus voranstellt und das Handel und Wandel wünscht, Bestreben nicht mehr als Verbrechen ansieht und im Unterbewußtsein schon wieder voll und ganz von bäuerlich-bürgerlichen Instinkten der Kultur wie der Politik erfüllt ist.

Es ist das Besten jeder militärischen Einrichtung, daß auch sie, sie mag unter einer Fahne stehen, wie sie will, den Angehörigen zur Anerkennung der Autorität sowie zum nationalen Willensmenschen erzieht, und so vermag sich Trotski bei der kommenden Auseinandersetzung unweifelhaft auch auf den Hauptteil der roten Armee zu stützen, bei der er ohnedies als militärischer Organisator ein beträchtliches Kapital an Ansehen, wenn nicht gar Berechtigung besitzt. Die Verwaltung als solche und damit der Bürokratismus steht immer und zu allen Zeiten dem bedingungslos zur Verfügung, der sich als der Mächtigere erweist.

Im Kampfe Trotski-Sinowjew liegt unter den gegebenen Umständen unweifelhaft Trotski in der Vorhand und seine taktische, wenn nicht gar strategische Beobachtung, wird es so einzuurteilen wissen, daß der Kampf erst in voller Schärfe dann entbrennt, wenn ihm die Gewißheit des Sieges gegeben erscheint. Der Vorschlag Stalins kann als ein Anzeichen dafür genommen werden, daß man den Zeitpunkt für gekommen erachtet. Legt Trotski auf der ganzen Linie, so wird Sowjetrußland von innen heraus eine Reorganisation erfahren, die das große europäisch-asiatische Weltreich wieder an den Anfang eines Aufstiegs stellt, eines Aufstiegs, der sich mehr und mehr vom Bolschewismus ab und den westlichen Ideen zuwendet, aber auch die Gefahr in sich birgt, daß die Mächte des Bestens dann wieder Überraschungen einzufließen gewinnen.

Die Landwirtschaftskredite.

Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt nimmt das Angebot der Goldkreditbank an. — Zinsfahermäßigung für Personalkredite.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt hat beschlossen, das Angebot der Goldkreditbank anzunehmen, durch das der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt größere Beträge gegen Ausstellung von Hypothekenscheinen zwecks Gewährung von 7,5prozentigen, zu etwa 98,75 Prozent zur Auszahlung gelangenden hypothekarisch gesicherten landwirtschaftlichen Darlehen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Ferner sind der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank und der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt sich dahin schlüssig geworden, den Zinssatz aller an die Personalkreditanstalt abgegebenen Kredite entsprechend der Diskontermäßigung der Reichsbank mit Wirkung vom 12. Januar d. J. ab um 1 Prozent zu senken mit der Maßgabe, daß der Zinssatz für den letzten Kreditnehmer grundsätzlich auf 10,5 Prozent ermäßigt werden soll.

Reichstag und Besatzungsstärke.

Eine Interpellation der Deutschen Volkspartei.

Im Reichstage ist eine Interpellation der Fraktion der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der gefragt wird, ob die Nachricht, daß die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungsgruppen auf etwa 75 000 Mann festgesetzt werden soll, zutrifft und ob die Regierung gewillt ist, die Herabsetzung der Zahl der Besatzungsgruppen auf die vom Vorkriegsstand zugesicherte Höhe von 45 000 bis 50 000 Mann zu sichern.

Es wird weiter gefragt, ob die Regierung gewillt ist, vor dem Eintritt in den Völkerbund die Frage der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den berechtigten Ansprüchen des Rheinlandes und des gesamten deutschen Volkes wie auch den Abmachungen von Locarno entspricht.

Der deutsche Schritt in Brüssel.

Entsprechend den deutschen Vorstellungen in Paris und London hat auch der deutsche Gesandte in Brüssel, v. Keller, bei der belgischen Regierung gegen die Befestigungsfrage im Rheinland Einspruch erhoben. Wie verlautet, erwiderte der belgische Ministerpräsident Vandervelde, daß diese Erklärungen Belgien nicht beährten, weil die belgische Besatzungsarmee auf eine ganz kleine strategische Einheit beschränkt wurde, nämlich eine Division Infanterie.

12 Jahre Zuchthaus für Grans.

Wegen Beihilfe zum Mord.

In dem Wiederaufnahmeverfahren gegen den Mörder des Massenmörders Haarmann, Grans, hat das Schwurgericht in Hannover nach mehrtägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt:

„Das Urteil des Schwurgerichts vom 19. Dezember 1924 wird aufgehoben, soweit es den Händler Grans betrifft. Grans wird wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von zwölf Jahren und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt. Auch wird auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt.“

Dieses Urteil entspricht dem Antrage des Staatsanwaltes, der in seiner Anklagebeilage ausführlich dargelegt hatte, daß der Widerstand Haarmanns nicht weiter sei, als ein sensationeller Versuch, seinen Mitschuldigen Grans der gerechten Strafe zu entziehen. Entscheidend sei, ob Grans gewußt habe, daß Haarmann Menschen tötete, und diese Frage sei zu bejahen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. Januar 1926.

— In Gegenwart des Reichspräsidenten v. Hindenburg fand im Berliner Dom eine Andacht zum Gedächtnis der Reichsgründung statt.

— Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, ist in Berlin eingetroffen und hat sofort Fühlung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns genommen. Die Besprechungen mit dem Reichsarbeitsminister haben Erörterungen über die Möglichkeit der Ratifizierung von Liebesverträgen der internationalen Arbeitskonferenzen durch das Deutsche Reich zum Gegenstand.

— **Abbruch der Luftfahrtverhandlungen?** Wie verlautet, sollen die Luftfahrtverhandlungen in Paris so gut wie abgebrochen sein. Nach Berliner Zeitungsmeldungen steht die Abreise der deutschen Delegation unmittelbar bevor.

— **Volksbegehren und Volksentscheid.** Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium gemäß Artikel 40 Abs. 4 der Preussischen Verfassung dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheidungen vorgelegt. Diese als „Landesabstimmungsordnung“ bezeichnete Verordnung enthält in ihrem ersten Teil, der das Volksbegehren betrifft, zunächst eine eingehende Regelung der Form und des Inhalts der von Einzelpersonen oder Vereinigungen zu stellenden Anträge auf Zulassung der Auslegung von Eintragungslisten durch die Gemeindebehörden. Im zweiten Teil regelt die Landesabstimmungsordnung das Volksentscheidungsverfahren in enger Anlehnung an das Verfahren der die Wahlen zum Landtag regelnden Landeswahlordnung. Besonders bemerkt wird hierzu, daß die Abstimmung im Abstimmungsverfahren auf amtlichen Stimmzetteln zu geschehen hat.

— **Die Deutschnationalen für Verfassungsänderung.** Bei einer deutschnationalen Reichsgründungsfeier in der Berliner Stadthalle kündigte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, an, die Deutschnationalen hätten sich entschlossen, mit einer Reihe von Anträgen auf die Reform der Verfassung hinzuwirken und damit eine Einschränkung der Befugnisse des Reichstags und eine Einschränkung der Wirksamkeit der Parteiherrschaft anzustreben. Der Artikel 54 der Reichsverfassung müsse fallen, wonach der Reichskanzler bei jedem Misstrauensvotum einer Reichstagsmehrheit zurücktreten gezwungen sei. Verlangt wird ein Recht für den Reichspräsidenten, durch Entlassung bzw. Ernennung des Reichskanzlers eigene Politik zu treiben, wie das ja auch in anderen Republiken, z. B. in Amerika, möglich sei. Es handelt sich weiter um eine Verstärkung der Stellung des Reichsrats und der der Länder. Im Reichsrat müsse Preußen den Vorsitz erhalten. Schließlich werden die Anträge sich auf eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten erstrecken. Für den Reichstag könne man am praktischsten dadurch zu einer Verminderung der Sitze kommen, daß man das Wahlalter auf 24 oder 25 Jahre hinaufsetze.

— **Der Befangene der Wädhauer.** Das Reichsgericht hat auf eine Anfrage bei seiner ehrenamtlichen Vertretung zu Asghamistan nach der Lage des verhafteten deutschen Gelehrten Strahl-Sauer aus Kabul folgende telegraphische Antwort erhalten: „Strahl-Sauer's Lage ernst, aber nicht hoffnungslos. Verhandlungen schweben noch. Wir werden Euch drähtlich auf dem Laufenden halten.“

Rundschau im Auslande.

— In der ersten Hälfte des Monats ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Wien auf rund 100 000 Arbeitslose gestiegen.

— Wie aus Moskau gemeldet wird, soll der russische Botschafter in Berlin, Krezinski, demnächst von seinem Posten abberufen werden.

— Die Höhe der auswärtigen Schuld Belgiens.

— Die Reparationskommission hat die Höhe der auswärtigen belgischen Schuld festgestellt. Das Borgehen der Reparationskommission erklärt sich durch Artikel 232 des Friedensvertrages, nach dem die deutsche Regierung verpflichtet ist, vor dem 1. Mai 1926 die Rückzahlung aller Summen, die Belgien bei alliierten Staaten geliehen hat, vorzunehmen. Die Schuld beläuft sich nach dieser Feststellung auf 5612 Millionen Goldfranken. Auf Frankreich entfallen hier von 46, auf Großbritannien 39 Prozent. Zu bemerken ist, daß die Feststellung der Reparationskommission lediglich formaler Natur ist und daß für Deutschland nach dem Dawesplan im Jahre 1926 die Rückzahlung nach Artikel 232 nicht in Frage kommt.

— Englische Abdrücksvorschläge.

— Nach einer Meldung aus London ist das nationale Komitee zur Prüfung von Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben für die Rüstungen zu dem Schluß gekommen, daß die englischen Rüstungen um mindestens 20 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt werden könnten, und zwar bei der Marine um 10 Millionen Pfund, bei dem Landheer um 7 Millionen und bei der Luftwaffe um 3 Millionen. Man sieht einen schweren Konflikt zwischen dem National-Komitee und der Admiralität voraus, die auf dem Standpunkt steht, daß eine neue Herabsetzung der Marineausgaben mit der Ausführung des Flottenprogramms unvereinbar ist. Auch das Luftfahrtministerium erklärt, daß, wenn sein Budget weiter eingeschränkt werde, sämtliche Pläne zur Verteidigung der Hauptstadt gegen Luftangriffe hinfällig würden.

Neue Schwierigkeiten.

Der Kampf um das Innenministerium.

— Berlin, 20. Januar.

Infolge des Widerspruchs der Bayerischen Volkspartei gegen die beabsichtigte Befestigung des Reichsinnenministeriums mit dem demokratischen Parteiführer Abg. Koch haben sich neue Verhandlungen zwischen den Mittelparteien als notwendig erwiesen. Am Vormittag machten zunächst die Demokraten dem Reichskanzler Dr. Luther die offizielle Mitteilung von dem Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion, an der Rominiierung Dr. Kochs für das Reichsinnenministerium festzuhalten. Wie die Demokraten auf ihrem Standpunkt verblieben, so beharrte auch die Bayerische Volkspartei auf der Ablehnung Dr. Kochs.

Den ganzen gestrigen Tag über versuchte der Reichskanzler in andauernden Verhandlungen mit den Parteiführern einen Ausweg aus den neuen Schwierigkeiten zu finden. Im Laufe des Tages tauchte ein Vermittlungsvorschlag auf, daß Demokraten und Bayerische Volkspartei sich auf halbem Wege entgegenkommen sollten, indem die Demokraten auf die Rominiierung Dr. Kochs verzichteten, die Bayerische Volkspartei auf den Widerspruch gegen die Übertragung des Innenministeriums an einen Demokraten. Daraus resultierte sich der Gedanke, daß an Stelle Dr. Kochs der Oberbürgermeister von Dresden Abg. Dr. Küll (Dem.) an die Spitze des Innenministeriums treten, Dr. Koch aber das Finanzministerium übernehmen solle, während das durch die Ablehnung des Geheimratsbürgers freigewordene Wirtschaftsministerium dem Dr. Curtius übertragen werden sollte. Das Ernährungsministerium sollte dem Zentrum zufallen.

Parlamentsturm in Budapest.

Die Falschereffäre vor der Nationalversammlung. — Ministerpräsident Graf Bethlen von der Opposition niedergeschrien.

— Budapest, 20. Januar.

Bei dem gestrigen Zusammentritt der ungarischen Parlaments kam es im Zusammenhang mit der Frankensächungssache zu stürmischen Ausbrüchen. Der Beginn der Sitzung erklärte der Präsident der Nationalversammlung, die Frankensächungssache seien ein unüberwindlicher Schlag für Ungarn und nur mit dem Friedensvertrag von Trianon vergleichbar. Unter allgemeiner Zustimmung des ganzen Hauses forderte er die reichslose Aufklärung dieses Verbrechens.

Hierauf meldete sich der Ministerpräsident Graf Bethlen zum Wort. Sofort brach die Anle in ohrenbetäubendem Lärm aus und rief dem Ministerpräsidenten zu: „Abdanken! Abdanken! Wollen Sie vielleicht die Frankensächung verteidigen? Abdanken!“ Die Regierungspartei erhob sich von den Sitzen und brachte dem Ministerpräsidenten eine Ovation dar. Graf Bethlen konnte jedoch nicht zum Wort gelangen. Die Opposition schrie fortwährend im Chor: „Abdanken!“ Der Lärm wurde so groß, daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte.

Aus Stadt und Land.

— **Vier Knaben ertranken.** In den Stodvohauer Schären fand die Pfänderungsfeier einen Wehnochnachtsbaumes einen tragischen Abbruch. Vier Knaben im Alter von 14 bis 15 Jahren brachen bei der Rückkehr mit dem Schlitten auf dem Eise ein und ertranken.

— **Irren-Tragödie.** Während einer der letzten Nächte waren aus dem Irrenhaus von Chateauvong (Frankreich) drei Geistesranke ausgebrochen, die in die nahegelegenen verschneiten Wälder flüchteten. Zwei von ihnen brach zusammen und erstarb, die beiden anderen konnten aufgefunden und wieder der Anstalt zugeführt werden.

— **Gegen die Banditen auf Sizilien** will der Präsekt von Palermo jetzt energisch vorgehen und das Banditenwesen mit Stumpf und Stiel ausrotten. Gleich bei dem ersten Streifzug gelang es, achtzig Räuber in ihren Schlafhöhlen zu verhaften. Einige entkommene Banditen flüchteten in die Berge und predigen dort die Blutrache.

Die ansteckende Blutarmut bei Tieren. Die bei der Bekämpfung der ansteckenden Blutarmut gesammelten Erfahrungen, insbesondere die Beobachtung, daß der Seuchenverlauf im allgemeinen mehr chronisch und milder geworden ist, haben den preussischen Landwirtschaftsminister zu einer entsprechenden Milderung der seuchenpolizeilichen Maßnahmen veranlaßt, die im einzelnen in Nr. 2 des Ministerialblattes der Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eingesehen werden können.

Wann sind Verzugszuschläge zu zahlen? Vom Reichsfinanzminister ist angeordnet worden, daß von der Erhebung von Verzugszuschlägen abgesehen werden soll, wenn die jetzt zu leistende Vorauszahlung auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer statt einer Woche nach Fälligkeit erst zwei Wochen nach Fälligkeit eingezahlt wird. Wer also die Vorauszahlung bis zum Montag, den 25. Januar, einzahlt, hat keine Verzugszuschläge zu zahlen. Dieser Zeitpunkt ist aber unbedingt einzuhalten, widrigenfalls Verzugszuschläge vom eigentlichen Fälligkeitstag, dem 12. Januar ab, zur Anrechnung kommen.

Dresden. In diesen Tagen wird eine Deputation aus der volksparteilichen Landtagsfraktion, bestehend aus den Abgeordneten Meinel-Lannenberg, Schmidt und Lippe beim sächsischen Wirtschaftsminister unter Umständen auch beim Ministerpräsidenten vorstellig werden, um Bericht zu erstatten über die katastrophale Lage eines großen Teiles der Industrie. Hierbei werden die in der letzten Zeit schon mehrfach verurteilten Erscheinungen mit zur Aussprache kommen, wonach industrielle Aufträge aus Sachfen an außerfällige Industrien vergeben werden, die sich in ungleich besserer Lage befinden, als die sächsischen Unternehmungen. Vor allen Dingen soll auch Wert darauf gelegt werden, daß Auftragserteilungen durch das Reich und die Länder und in ausreichendem Umfang erfolgen.

Rach dem amtlichen Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand der Tierseuchen in Sachsen sind am 15. d. M. in 209 Gemeinden und 388 Gehöften Fälle von Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Am 31. v. M. war der Stand 213 Gemeinden und 340 Gehöfte.

Lebnitz bei Verdau. Branddirektor Richard Müller, Baumeister in Lebnitz, konnte das Jubiläum seiner 40-jährigen Dienstzeit als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr feiern. Er wurde in Anerkennung der Verdienste, die er sich um das Feuerwesen erworben hatte, sehr geehrt. Die Gemeinde errichtet eine Branddirektor-Richard-Müller-Stiftung. — Der frühere Branddirektor Carl Bruner, Ehrenbürger der Gemeinde Lebnitz, hat seine der Feuerwehr in früheren Jahren errichtete Stiftung von 1000 M., welche durch die Inflation entwertet war, mit 100 Prozent aufgewertet und dadurch wiederhergestellt.

Lehr Nachrichten. Die voraussichtliche Ministerliste.

— Berlin, 19. Januar. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wies der Reichspräsident bei dem heutigen Empfang der Parteiführer nochmals auf den Ernst der Lage hin und sprach die Hoffnung aus, daß es doch noch gelingen möge, das Kabinett der Mitte zustande zu bringen. Diefem Wunsch entsprechend hat Reichskanzler Dr. Luther nunmehr den Parteien folgende Ministerliste zur Genehmigung unterbreitet:

- Reichskanzler: Dr. Luther.
- Reichsbauminister: Dr. Stresemann (D.Sp.).
- Reichsinnenminister: Abg. Rühl (Dem.).
- Reichswirtschaftsminister: Abg. D. Curtius (D.Sp.).
- Reichsarbeitsminister: D. Brauns (Ztr.).
- Reichsfinanzminister: Reinhold (Dem.).
- Reichswehrminister: Dr. Seidler (Dem.).
- Verkehrsminister: Dr. Krause (D.Sp.).
- Reichspostminister: Singl (Bayr. Sp.).

Das Landwirtschaftsministerium ist dem Zentrum vorbehalten worden.

Dem Vernehmen nach soll Abg. Koch (Dem.), um seine Schwierigkeiten zu machen, auf den Eintritt in das Kabinett verzichtet haben. Die Stellungnahme der Fraktion steht noch aus.

Preisfestsetzungsgesetz und Handwerk.

— Berlin, 20. Januar. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtag hat gegenüber dem Gesamtentwurf zur Preisfestsetzung einen Antrag eingebracht, in dem gesagt wird, daß das Gesetz mit seiner Androhung von Geld- und Gefängnisstrafen gegen Handwerksmeister und Gewerbetreibende vom Handwerk und Gewerbe als Ausnahmegesetz empfunden werde. Grundvoraussetzung der Preisfestsetzung sei eine vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Gewerbe-förderung, Leistungssteigerung, Lastenverminderung und gerechte Lastenverteilung verfolge. Der Antrag fordert, daß der Gesetzentwurf nur unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte zur Annahme gelangt.

Einreiseerlaubnis für bayerische Missionare nach Ostafrika.

— München, 20. Januar. Durch Erlaß der englischen Regierung ist den Missionaren des Benediktinerstiftes St. Ottilien die Einreise in ihr altes Missionsgebiet in Ostafrika freigegeben worden.

Hinrichtung eines Mörders.

— Genua, 20. Januar. Der Mörder Adolf Steul aus Bellerheim, der im September 1924 seine Bekannte ermordete und im Juli vorigen Jahres zum Tode verurteilt wurde, ist in der Zellenstrafanstalt in Sappada hingerichtet worden.

Schiffskatastrophe im Schwarzen Meer.

— Bukarest, 20. Januar. Der türkische Dampfer „Ynyu“ wurde mit einer Ladung von vierhundert Ochsen auf der Fahrt vom Bosporus nach Sinop von dem Orkan überrascht und vollständig zertrümmert. 21 Mann der Besatzung fanden in den Wellen den Tod. Vier Mann, die sich an der Mastspitze festgeklammert hatten, konnten gerettet werden. Die vier Verwundeten hatten zehn Stunden lang mit den Wellen gekämpft.

Brands Hinweis auf einen Locarno-Traktat.

Genf, 19. Januar. Das meldet: Die deutsche Note, die einen weiteren Abbau der Besatzungsarmee am Rhein verlangt, wird von den Alliierten gemeinsam beantwortet werden, sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sein werden. Der deutsche Botschafter ist von Briand bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Locarno-Abmachungen eine Verpflichtung zum Abbau über das militärisch notwendige hinaus nicht enthalten können.

Der Appell des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Januar. Der Reichspräsident empfing heute nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der vier, für die Koalition der

Mitte in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Dr. Martz, für die bayerische Volkspartei Abgeordneter Dr. Leicht, für die Demokraten die Abgeordneten Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erheleng. Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab: Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausschließen der Deutschnationalen Volkspartei, der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungs-vollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Dr. Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb als zwar weniger tragfähige, aber immerhin doch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche große Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwinden werden müssen, um einer praktischen Lösung näher zu kommen. Es ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen. Auf der anderen Seite trägt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Befugung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Kanzler nicht alle, an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigt aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verantwortungsvollen Verantwortung muß ich es begrüssen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend ihre endgültige Stellung zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die vier vertretenen Parteien, ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrieblende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisis beendigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird. Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abgeordneten Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung. Hierauf begaben sich die Vertreter der vier Parteien in die Reichshaus, um den Vorschlag des Herrn Reichskanzlers zur endgültigen Beschlußfassung über die Befugung der Ministerien entgegenzunehmen.

Zustimmung des Reichspräsidenten zum neuen Kabinett.

Berlin, 19. Januar. Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der vom Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Befugung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet sei. Das Kabinett hat die Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten gefunden.

Der sozialdemokratische Beschluß zur Fürstenabfindung.

Berlin, 19. Januar. Der sozialdemokratische Parteivorstand beschloß heute mit der Frage der Fürstenabfindung und beschloß, daß der Parteivorstand einen Gesetzentwurf zur Herbeiführung eines Volksentscheides vorbereiten soll, da der Gesetzentwurf der Kommunisten unzureichend sei, als er nicht nähere Bestimmungen über die Art der Verwendung der enteigneten Vermögen treffe.

Der sekundäre „Erfolg“ des Ruhrereignisses für Frankreich.

Berlin, 19. Januar. Poincaré besaßte sich am Sonntag wiederum mit dem angeblichen Erfolge des Ruhrereignisses. Da Poincaré stets geneigt ist, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, darf noch einmal daran erinnert werden, daß die 19 Monate lange Besetzung des Ruhrgebietes für Frankreich nur 894,2 Millionen einbrachte, während in den 12 Monaten des Jahres 1920 an freiwilligen Leistungen Deutschlands 4 Milliarden, im Jahre 1922 1,4 Milliarden gezahlt wurden. Poincaré übersteht zudem gefühllos, daß 50 Prozent der Ruhrerinnahmen auf das Sparkonto zu rechnen sind. Er übersteht ferner die Rückwirkung auf die deutsche, die französische und die internationale Wirtschaft.

Kirchliche Nachrichten

Mittwoch, den 20. Januar.
Reinholdstr. 11, abends 8 Uhr Bibelstunde.
Freitag, den 22. Januar.
Dippoldiswalde, abends 8 Uhr Bibelstunde in Reinholdshain bei Gutbesitzer Zimmermann: Exerzitienpredigt Michael.

Naturheilverein

Dippoldiswalde
Donnerstag, am 21. Jan., abends 8 Uhr, im Hotel Stadt Dresden

Öffentlicher Vortrag

Waram gibt es so viele kranke Frauen?

Zu diesem Vortragsvortrag ladet freundlich ein und bittet um zahlreichen Besuch der Vorstand

Primo frisches Hammelfleisch empfiehlt Arthur Wenzel Fleischerm. hier

Drucksachen: C. Jehno

Sie erhalten altes Motorrad doppelten Preis

Spezial-Werkstatt u. Wanderer-Motorrad-Vertretung

Karl Beyer Dippoldiswalde, Altenberger Straße 185. Tel. 101

Staubsauger-Apparat

älteren Systems, mit Zubehör, billig zu verkaufen

Geschäftsstelle der Weibertig-Station

Zu dem am Freitag, den 22. Januar stattfindenden
Abendessen mit Hausball
ladet höflichst ein
Haus „Seeblick“ Paulsdorf

Volksschule Dippoldiswalde
3 Aufführungen des Kindertheaters von Franciscus Rogler.
Du deutscher Wald!

Sonntag, 24. Januar 5 Uhr,
Freitag, 29. Januar 1/8 Uhr,
Sonntag, 31. Januar 5 Uhr

im Saale der „Reichskrone“

Eintritt: Erwachsene 75 Pf., numerierter Platz 1.50 M., Kinder in Begleitung Erwachsener 50 Pf., numerierter Platz 1 M. Vorverkauf in den durch Plakat 1 mlich gemachten Geschäften. Freitagen für Unbemittelte: S-m-abend, 23. 1., Freitag, 29. 1., Sonnabend, 30. 1. nur 12—1/2 Uhr in Zimmer 2 der Volksschule.

Es ladet ergebenst ein die Lehrerschaft.

Wasschreiberin

als Kuchliste gesucht. Angebote unter „W. Sch.“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Eisbahn eröffnet!
Der Musikklub

Wädchen
In Landwirtschaft nach Auswärts gesucht. Eintritt am 1. oder 15. Februar. Zu erf. in der R. Ahnele
Rohlenhandlung, Oberdorfplatz

Kleinflecht
(im Alter von 17 J. her) sofort oder 1. März gesucht in Reichsh. Nr. 22

Kaffee
roh und frisch geröstet
Kakao und Tee
empfeht
Herm. Anders

Stroh billiger!
während des Drucks bis zum 31. Januar. Ruggenstroh ab Dof 1.40 M. der Zentrer
Tel. 1, Dippoldiswalde

Die beliebtesten
Vogelfutterringe
beste Winterabnutzung für Vögel
li d zu hab n Carl Heyner. 118
bei der R rma Carl Heyner. 118

Nachdem wir unsern lieben Gatten und Vater
Gutbesitzer
Hermann Lieber
zur letzten Ruhe gebettet haben, ist es unser Herzensbedürfnis, allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für das freiwillige, unentgeltliche Tragen zur letzten Ruhebestattung und die herzliche Anteilnahme, zahlreiche Beileidung und Blumenbesuche, Herrn Pfarrer Wächter für die tröstenden Worte an der letzten Stätte, sowie den Herren Lehrern für den erbebenden Gesang im Trauerhause und in der Kirche unsern herzlichsten Dank auszusprechen.

Wir aber, lieber Gatte und Vater, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in deine stille Gruft nach.
Beerwalde, am 13. Januar 1928
In tiefer Trauer
Alma verm. Lieber nebst Kindern und Angehörigen

Ich, zu früh bist Du geschieden,
Und umsonst war unser Lieb'n.
Ruhe sanft in Gottes Frieden
Wir wir uns einst wiederseh'n!

Der mehr...
Handels...
August...
Besorgn...
des gan...
bar auch...
deutsches...
fehlt es...
in einig...
Wirtsch...
fondere...
wegen a...
gibt ein...
weil da...
produkt...
wichtig...
sch an...
zu erba...
durch G...
leitere...
mittelba...
nein...
Einbr...
die als...
innerde...
aus ban...
waren...
Markt...
lich Ein...
damit l...
fahr off...
von der...
großen...
sicher...
Deutsch...
von fre...
punkt...
schwere...
ständig...
in weit...
immer...
Ann, da...
wanden...
Banane...
Dagegen...
Selbstbe...

Deutsche Handelsbilanz.

Deutschland hat im Oktober für 228 Mill. RM. Waren mehr eingeführt als es ausgeführt hat. Zwar bedeutet diese Höhe des Einfuhrüberschusses schon eine gewisse Besserung der Handelsbilanz gegenüber den Vormonaten — September 278, August 454 Mill. RM. — aber die Gesamtsumme des Einfuhrüberschusses in den ersten 10 Monaten d. J. gibt doch zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Ist sie doch bereits fast eben so hoch als die des ganzen Jahres 1924 mit 2,8 Milliarden RM. Es hat offenbar auch in diesem Jahr noch nicht die Grundlage für eine aktive deutsche Wirtschaft geschaffen werden können, trotzdem es der Dawes-Plan zur Erholung ihrer Kräfte bestimmt hatte. So verfehlt es ist aus dem Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr in einigen wenigen Monaten auf eine absolute Passivität der Wirtschaft gegenüber dem Ausland zu schließen, weil hier besondere Steigerungsründe für die Einfuhr, z. B. Vorverpflegung wegen erwarteter Zollserhebungen, eingewirkt haben können, so gibt eine anhaltende Tendenz zum Einfuhrüberschuß einen Beweis dafür, daß die deutsche Wirtschaft mehr verbraucht als sie produziert, daß ihre Erträge geringer sind als die Kosten. Dies ist wichtiger ist es für die deutsche Wirtschaft, die in längster Zeit sich anbahnende Besserungstendenz der Handelsbilanz zielbewußt zu erhalten und zu stärken. Dies kann geschehen entweder durch Einfuhrverminderung oder durch Ausfuhrvermehrung. Die letztere Aufgabe zu lösen ist Sache der an der Produktion unmittelbar Beteiligten und des Staates und soll hier nicht im einzelnen erörtert werden. Die erste Aufgabe jedoch, die der Einfuhrverminderung bedarf der Mitarbeit aller Volksschichten, die als Konsumenten mit Nachfrage nach Auslandsprodukten am inländischen Markt in die Erscheinung treten. Der Staat kann aus handelspolitischen Gründen nicht alle erforderlichen Auslandswaren durch Zollmauern oder Einfuhrverbote vom deutschen Markt ausschließen. Er muß z. B. Italien und Spanien bezüglich Einfuhr von Weinen und Süßfrüchten KonzeSSIONen machen, damit in diesen Staaten die Türen für unsere industrielle Ausfuhr offen bleiben. Ist es aber nötig, daß das deutsche Publikum von der Möglichkeit der Einfuhr dieser Dinge einen derartig großen Gebrauch macht, daß die deutsche Handelsbilanz dadurch stärker passiv wird, als sie es zu sein braucht bei vernünftiger, Deutschlands Armut angepaßter Beschränkung auf die Einfuhr von fremden Rohstoffen für unsere Produktion? Vom Standpunkt der deutschen Gesamtwirtschaft aus gesehen ist es ein schwerer Schaden, daß der deutsche Lebens- und Genusmittelmarkt ständig von ausländischen Erzeugnissen überschwemmt wird, weil in weiten Volkskreisen trotz aller Not dieses Winters dafür immer noch Nachfrage besteht. Ist es nicht ein offenkundiger Unfug, daß Millionen und Millionen von Goldmark ins Ausland wandern müssen, damit jeder Granatapfel, ein Apfelsinen, Bananen und anderen Süßfrüchten ein paar Pfennig verdient? Dagegen helfen keine Einfuhrbeschränkungen, sondern nur die Selbstbestimmung jedes Einzelnen im deutschen Volk.

Geldbeschaffung.

In den letzten Wochen war an den deutschen Börsen sogenanntes „tägliches Geld“ reichlich angeboten. Der Zinssfuß senkte sich auf 7 Prozent im Jahre, während für Darlehen von auch nur einmonatiger Dauer 10 Prozent und mehr gezahlt werden mußte. Die Gründe für diese Entwicklung leuchten ein: mit dem Abschluß des Vertrages von Locarno hat die Bereitschaft besonders europäischer Kapitalbesitzer zur Eingabe von Darlehen nach Deutschland wieder zugenommen. Ganz im Urge liegt es aber noch mit dem Realkredit, der seiner Natur nach langfristig sein muß. Da die Landwirtschaft und der Hausbesitz nicht genügend Realkredit erhalten konnten, haben sie sich auf den Kredit geworfen, der seinem Wesen nach in erster Linie für Industrie und Handel bestimmt ist, auf den kurzfristigen Personalkredit. Die Denkschrift, die der Reichsverband der deutschen Industrie kürzlich über die Lage der deutschen Wirtschaft veröffentlicht hat, erwähnt daher mit Recht, daß die Wiederherstellung des landwirtschaftlichen Realkredits auch für die Industrie die Geldlage bessern würde. Bis her haben die Industrieunternehmen die Verhandlungen mit ausländischen Geldgebern auf eigene Faust, — zuweilen sogar nicht einmal unter Mitwirkung der sachverständigen Stellen, nämlich der Banken, — geführt. Selbst wenn die ausländischen Geldgeber bei der Kreditgewährung jede erdenkliche Vorsicht haben walten lassen, ist es unermesslich, daß deutsche Schuldner in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Bei der gegenwärtigen stark gesunkenen Rentabilität der deutschen Wirtschaft muß damit gerechnet werden, daß solche unter den Hammer kommenden Werke und Anlagen keinen Käufer finden, daß also der ausländische Gläubiger entweder mit einem Teil seiner Forderung ausfällt oder aber sich entschließen muß, die belehnten Anlagen selbst zu übernehmen. Solche schlechte Erfahrungen werden, selbst wenn sie sich nur auf Einzelfälle beziehen, die Vorsicht der ausländischen Geldgeber steigern und ihre Bereitschaft zur Milderung der Darlehensbedingungen vermindern. Es ist daher schon bald nach dem Zustandekommen des Londoner Abkommens im August 1924 erwogen worden, ob sich nicht der Kreditbedarf der deutschen Industrie zusammenfassen und gemeinsam befriedigen lasse.

Etwas ähnliches stellt schließlich die Dawes-Anleihe selbst dar. Sie ist nach dem Zahlungsplan der Hauptteil der deutschen Zahlungen im ersten Reparationsjahre, — sie ist aber in der Praxis dazu verwandt worden, Deutschlands Schuldleistungen an die Reparationsmächte zu finanzieren. Sie ist also im Grunde auch nichts anders als ein zentral bewirtschafteter Produktionskredit. Nun ist es aus vielen Gründen nicht zu empfehlen, daß das Reich sich als Zwischenstelle zwischen die privatwirtschaftlichen Kreditgeber in Deutschland und die Kapitalbesitzer im Auslande einschaltet. Es ist aber selbstverständlich, daß eine große korporative Kreditaufnahme der Industrie nicht ohne Wissen und ausdrückliche Billigung der Reichsregierung erfolgen darf. Denn es sind ja doch letzten Endes die inländischen wirtschaftlichen Ressourcen, aus denen das Reich seine Verpflichtungen gegenüber dem Auslande abdecken muß. Nach Lage der Dinge hätte aber die Reichsregierung schwerlich Einspruch dagegen erhoben, daß etwa ein genossenschaftliches Organ wichtiger

deutscher Wirtschaftszweige im Auslande einen Kredit von mehreren Milliarden Mark aufgenommen hätte. Hierbei hätten sich die Speesen und Provisionen, welche naturgemäß die einzelnen kleinen Kreditgeschäfte unverhältnismäßig hoch belasten, verringern lassen. Was bisher nicht geschehen ist, kann nachgeholt werden. Es wird sich gewiß ein Weg finden lassen, um die hypothekarisch sichergestellte Reparationsbelastung der Industrie so zu formulieren, daß daneben noch Raum für eine unbedingt sichere Realbürgschaft des deutschen Industriebestandes übrig bleibt.

Unverzinsliche Reichsmark-Schikanenweisungen.
Infolge der Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes und der in Verbindung hiermit vorgenommenen allgemeinen Ermäßigung der Rabatensätze hat sich das preussische Finanzministerium veranlaßt gesehen, den Diskontsatz für die unverzinslichen preussischen Schikanenweisungen, die durch die Preussische Staatsbank zur Begebung gelangen, um 0,5 Prozent zu ermäßigen.

Erfrorene Kartoffeln nehmen bekanntlich einen süßen Geschmack an. Wenige werden ahnen, daß dabei ein ganz ähnlicher Vorgang stattfindet, wie beim Säsen werden mancher reifen Früchte. Stärke und Zucker sind chemisch nahe verwandt und beide können in der Pflanze leicht ineinander umgewandelt werden. So bildet sich beim Reifen z. B. der Beerenfrüchte aus einem Teil ihrer Stärke Zucker. Ähnlich ist es auch bei dem Erfrieren der Kartoffel, die ja sehr reich an Stärke ist, nur daß die chemische Umwandlung derselben hier durch die Abkühlung unter 0 Grad verursacht wird.

Wann werden Fahrkarten zurückgenommen?
Kann einem Reisenden ein Platz in der betreffenden Wagenklasse nicht eingeräumt werden, dann kann der Inhaber, unter Rückerstattung des Preisunterschiedes, eine niedrigere Wagenklasse benutzen oder die Fahrt unterlassen und das Fahrgehalt, gegebenenfalls auch die Gepäckfracht zurückverlangen. Dem Reisenden steht jedoch kein Entschädigungsanspruch aus der nicht erfolgten Fahrt zu. Fahrkarten, die noch nicht gelöst sind, oder lediglich zum Betreten des Bahnsteiges benutzt wurden, können gegebenenfalls vor oder gleich nach Abgang des Zuges zurückgenommen werden. Auf Stationen mit abgesperrten Bahnsteigen erfolgt Abzug des Betrags für eine Bahnsteigkarte. Nur wenn die Reise wegen Anschlußverknüpfung, Platzmangels, Verpätung oder Wegfall der betreffenden Zugverbindung unterblieben ist, wird der volle Betrag zurückerstattet.

Neue Wintertücken.

Hiemlich nachhaltig hat uns Meister Weisbart von neuem klar gemacht, daß er vorläufig noch nicht daran denkt, sich um seine Herrscherwürde betteln zu lassen.

Übermals hat er alles mit einer dicken Schneedecke ausgepolstert und die letzten Reste der schönen, lehmigen Tage, die wir vor kurzem noch erlebt haben, sind dahin.

Und doch, trotz aller winterlichen Tücken geht es schon stark voran, voran in das neu erwachende Licht, immer näher dem Frühling entgegen. Man hat es nur zu oft schon erfahren, daß die Strenge des Winters mit der gleichen Eile, mit der sie sich einstellt, wieder hinweggenommen wird. Langsam setzt der Landmann wieder das Ackergerät für die Frühjahrsarbeiten in Gang und die Hausfrau freut sich, daß die Lichtkosten von Woche zu Woche geringer werden.

Über allen Winterhärten steht die Jückerlist, die Gewißheit: Es muß doch Frühling werden! Allzu sehr kann uns der frostige Bullenbeißer nicht mehr dange machen. Schon in wenigen Wochen dürfte seine Hauptkraft gebrochen sein.

— Du, gedulde dich ein, über ein Ständlein in deine Kammer voll Sonne. —

Bei Hans Sachs.

Zu seinem 350. Todestag am 19. Januar.
Zimmer toller tanzten die Schneeflocken, als wollten sie das bleiche Morgenlicht ganz auslöschen und die ährlichen Erler, Dächer und Mauern der freien Reichsstadt Nürnberg bis hinauf zu den spigen Türmen und Zinnen unter weihen Vaken begraben. In die tiefe Stille dieses winterlichen Morgens fiel plötzlich dumpf von der hölzernen Paganbrücke her ein tief vermurmerter Reiter auf dem Spitalplatz, ritt querhin über auf das Haus des Meisters Hans Sachs zu, ließ den lammfrommen Gaul vor dem Tor ruhig stehen und trat unangefochten ein, da die Meisterin gerade das Gefinde und die Gefellen zu einer ersten Ansprache in der Werkstatt versammelt hielt.

Durch solche Unachtsamkeit gelangte der fremde Reiter bis zur Tür, hinter der des Altmeisters Arbeitskammer lag, und trat wie einer, der im Hause wohlbekannt ist, ohne Umstände mit herzlichem Wort ein: „Gott grüß die Kunst und Euch, ehrwürdiger Meister.“

Doch Hans Sachs mit dem wallenden weihen Patriarchenbart — lust so wie ihn Meister Endres Herrneuse kürzlich gemalt, — sah nicht auf, neigte nur schweigend das Haupt und las unentwegt in einem großen Buch mit goldenen Beschlägen. Ehrerbietig trat der Junge näher hinzu: „Meister erkennt Ihr Euern Lieblingsjünger, den Adam Puschmann nicht? ... Kommt von Strahburg her... bring neue Löhne mit... Ein Kästchen spielte sorglos auf dem Tisch zwischen Schriften und Büchern, und der „Teutsche Poet“ — der Titel war ihm längst vom Rat der Stadt verliehen, nachdem dieser endlich einsehen mußte, daß es sich nicht um einen „verrückten Schuster“ wie seine Feinde sagten, sondern um einen selbst nun auch von den hoch-

gelehrten Humanisten anerkannten Dichter handelte, — er ließ sich von dem jungen Meisterjünger durch kein Wort aus seinen Gedanken ablenken.

So schlich denn der Adam Puschmann traurig, heimlich wie er gekommen, aus dem Hause und machte sich zum „Bratwurstglöcklein“ bei St. Sebaldus auf.

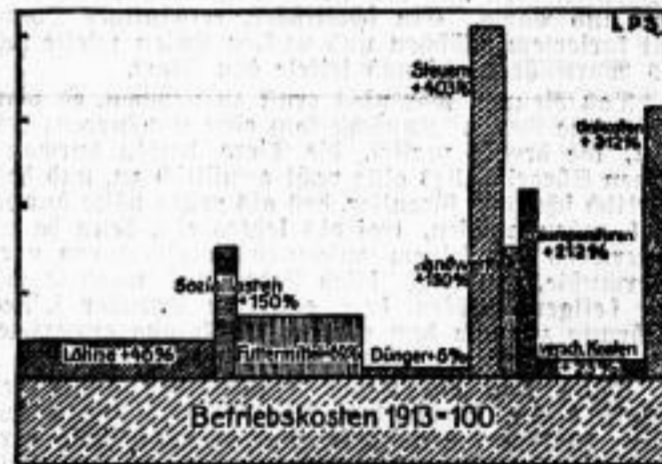
Indes hatte Frau Barbara Sachs dafür gesorgt, daß in Werkstatt und Wirtschaft fröhlich geschaffelt wurde. Sie war nicht nur eine „frumm und treue“ Hausfrau, sie war dem Hans auch ein liebendes Weib; der nach dem Tod der Kunigund, nach 41-jährigem „bitterstem Eheleben“, gealterte Dichter, hatte mit ihr noch einmal das volle Glück eines späten Frühlings ausgekostet, der ihn zu mächtigem Schaffen antrieb. „Goldfelig war sie personiert, — von Leib ganz engelisch formiert.“

So trat sie denn zu ihm in die Kammer, um seinen Wunsch und Begehrt zu erfragen; sie fand ihn in einer seltsamen Erreanna vor. Sie war über den ungewohnten Anblick erschrocken, umso mehr, als er in letzter Zeit öfter unter Bewußtseinsstörungen zu leiden hatte; doch sie brach in ein fröhliches Gelächter aus, als er sie mit einem scherzhaften Verslein begrüßte. Sie streichelte seine saltenreichen Hände und er blickte sie mit glänzenden, listig lächelnden Augen an.

Er sprach wieder zusammenhängende Sätze, erzählte einen lustigen Jugendstreich aus Erfahrung, wo er die Zecher nicht bezahlen konnte und ihn der Wirt in einen Sack steckte und als Pfand behielt. Scherzte, daß nun bald die Fastnacht käme und es an der Zeit wäre, ein Fastnachtsstücklein, vielleicht gar „Der Teufel mit dem alten Weibe“ wohl einzustudieren. Da wurde die Meisterin abgerufen, weil ein Ratsherr den Auftrag zu einem Paar wohlgeputzter Reistiefel ihr selbst zu erteilen wünschte. Der Meister winkte mit der Hand, winkte lang, als ob er eine große Reise antreten würde. —
F. Morisch.

Die Steigerung der Betriebskosten in der Landwirtschaft.

Das Schaubild ist gezeichnet auf Grund der Buchführungsergebnisse der Betriebsjahre 1913/14 und 1924/25 von 10 landwirtschaftlichen Betrieben mit einer Gesamtfläche von 11 688 Morgen. Es sind sämtlich ausgesprochene Rübennutzungen mit hochentwickelten Umweissflächen aus der näheren Umgebung von Halle. Danach ergibt sich folgendes Bild:



Die Gesamtausgaben je Morgen 1913/14 sind gleich 100 gesetzt. Der prozentuale Anteil der Hauptkosten ist auf der Grundlinie eingetragen. Er beträgt für Löhne einschließlich der Sozialkosten 34,0 Prozent, für Futtermittel 27,3 Prozent, für Düngemittel 15,0 Prozent, für Steuern 3,0 Prozent, Baureparaturen 2,2 Prozent, Handwerkerarbeiten 2,0 Prozent und Linienkosten 3,4 Prozent. Die sich für das Betriebsjahr 1924/25 ergebenden Steigerungen auf den einzelnen Kosten sind in Säulen nach Prozenten in dem Schaubild zum Ausdruck gebracht. Das Lohnkonto müßte eigentlich noch um die 10proz. Lohnsteuer vergrößert und das Steuerkonto entsprechend erhöht werden, da letzten Endes die Lohnsteuer doch vom Unternehmer getragen werden muß. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß die Verkleinerung nur sehr geringfügig sein würde, da das steuerfreie Lohnvermögen bis zum 1. Dezember 1924 60 Mark, bis zum 30. Mai 1925 60 Mark, je 30 Mark ausmacht.

Die sozialen Kosten sind jedoch voll erfasst, sowohl der Anteil des Arbeitgebers, wie der des Arbeitnehmers. Noch nicht zum Ausdruck kommt jedoch die Erhöhung der Unfall- und Invalidenversicherung. Da durch die letzte Ausführungsverordnung zur V. O. über Erwerbslosenfürsorge vom 14. November 1924 die Landwirtschaft von diesen Beiträgen nahezu befreit ist, sind in den Sozialkosten diese Beiträge nur für 3 Monate enthalten. — Kraftfuttermittel sind im allgemeinen um 100 Prozent gestiegen, dafür ist jedoch Heu und Stroh unter Portkloppreis.

Die Gesamtausgaben je Morgen sind um 72,4 Prozent gestiegen. Interessant ist auch die prozentuale Verschiebung der Kosten untereinander. So ist das Düngerkonto von 15 Prozent auf 9,2 Prozent gesunken, hingegen die Steuern von 3,0 auf 8,9 Prozent gestiegen, die Handwerkerkosten von 2,0 Prozent auf 3,0 Prozent, die Baureparaturen von 2,2 auf 4,1 Prozent; gehalten hat sich das Futtermittelkonto.

Die Hyäne.

Von Paul Cipper.

Vor einiger Zeit fuhr ich früh morgens mit der Schwebbahn von Barmen nach Elberfeld, Station Zoologischer Garten. Am Rassenhäuschen sah noch niemand; aber das Tor war offen. Ich spazierte ungehindert durch das hügelige Gelände. In einem Auenstück, der leer zu sein schien, hörte ich in kurzen Zeitabständen Geräusche, und bei näherem Zusehen entdeckte ich, daß aus einer Ecke ruckweise Sand und Erde von unten heraus flog.

Ich hob ein Stück Holz vom Boden auf und rasselte damit an den Gitterstäben entlang. Da schoß plötzlich mit wütendem Geschrei und unter Aufwirbelung von viel Staub eine Hyäne gesträubten Felles aus dem Loch am Boden, bellte mich an und verschwand wieder. Es dauerte lange, bis ich einen Wärtler fand. Ge-

